

# Telebasel steht hinter Telebasel

Sender antwortet für Regierung

---

Von Jonas Hoskyn

---

**Basel.** Die Regierung sieht kein Problem darin, dass *Telebasel* sein TV-Angebot eingedampft und dafür ein Newsportal lanciert hat. Dies zumindest antwortete sie auf die Anfrage der LDP-Grossrätin Patricia von Falkenstein. Nur: Die Antwort – obwohl von Regierungspräsident Guy Morin und Staatsschreiberin Barbara Schüpbach unterschrieben – stammt praktisch vollumfänglich aus der Feder von *Telebasel*-CEO Dominik Prétôt. Die Regierung begründet dies in der Vorbemerkung damit, dass sie seit einigen Jahren keine Vertretung mehr in den Stiftungsrat von *Telebasel* delegiert.

Üblicherweise verzichtet die Regierung bei Fragen, die nicht in ihre Verantwortung fallen, auf eine Antwort. Stattdessen beantwortet sie aber die Interpellation mit den Worten des *Telebasel*-CEO und macht sich damit zum Sprachrohr des Senders. Dies führt mehrfach zu problematischen Situationen. Denn der Regierungsrat ergreift so in mehreren Fragen Partei, die klar nicht in seine Kompetenz fallen. So antwortet «die Regierung» auf die Frage, ob das Vordringen des teilweise mit Gebührengeldern finanzierten *Telebasel* in den Online-Nachrichtenbereich nicht eine Marktverzerrung gegenüber privaten Medienunternehmen darstelle, mit einem klaren «Nein».

## Kompetenzen überschritten

Noch problematischer ist die Antwort auf die Frage, ob mit dem neuen *Telebasel*-Konzept die Bestimmungen der Sendekonzession noch vollumfänglich eingehalten werden. Das klare «Ja» ist wenig überraschend, wenn man bedenkt, dass der CEO des kritisierten Senders für die Regierung die Antwort vorgeschrieben hat. Tatsächlich ist dies noch völlig offen. Zuständig ist das Bundesamt für Kommunikation (Bakom). Die Basler Regierung hat in dieser Frage nichts zu melden. Die Angelegenheit ist auch deshalb brisant, weil Christian Heeb, Chefredaktor des Onlineportals *barfi.ch* beim Bakom Anzeige gegen *Telebasel* erstattet hat. Ein Gutachten des Zürcher Medienrechtlers Urs Saxer ist zum Schluss gekommen, dass der Sender mehrfach gegen die Konzessionsbestimmung verstösst. Auch die BaZ hat sich dieser Anzeige angeschlossen.

Dass die Regierung im Namen einer privaten Firma eine parlamentarische Anfrage beantwortet, ist völlig unüblich. Vielmehr wirft dies die Frage auf, wie sehr die Regierung noch mit dem TV-Sender verstrickt ist – etwas, was auch in der Antwort abgestritten wird. «Die Regierung wollte die Anfrage beantworten und dabei Transparenz schaffen», sagt Sprecher Marco Greiner. Für weitere Erklärungen war beim zuständigen Amt für Wirtschaft und Arbeit gestern niemand erreichbar.

---